Über die Autoren

His research interests include constitutional justice, refugee law and European human rights law including the prevention of torture. Important publications: Prevention of torture in the Black Sea region: progress or stagnation? In: Ralf Alleweldt, Raphaël Callsen, Jeanne Dupendant (eds.), Human rights abuses in the contemporary world (2012), pp. 27-45; Preamble to the 1951 Convention Relating to the Status of Refugees. In: Andreas Zimmermann (ed.), 1951 Convention Relating to the Status of Refugees and its 1967 Protocol (2011), pp. 225-240; Bundesverfassungsgericht und Fachgerichtsbarkeit (2006); Schutz vor Abschiebung bei drohender Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (1996).

Anja Bienert ist Senior Program Officer des Polizei- und Menschenrechtsprogramms der niederländischen Sektion von Amnesty International in Amsterdam, Niederlande.

Anja Bienert hat in Strafprozessrecht (Universität zu Köln) promoviert und einen Master in Humanitärer Hilfeleistung (Ruhr-Universität Bochum und Universidad de Deusto, Bilbao) absolviert. Sie arbeitete über 10 Jahre in von Konflikten betroffenen Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika beim Amt für humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) und beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) sowie

drei Jahre als Berater für Polizei und Sicherheitskräfte am Hauptsitz des IKRK in Genf. Seit 2011 leitet sie das Polizei- und Menschenrechtsprogramm der niederländischen Sektion von Amnesty International.

Ihre relevantesten Veröffentlichungen sind: To Serve and to Protect: Human rights and humanitäre law for police and security force – second edition, ICRC, Genf 2014; Polizeiversammlungen, Amnesty International – Niederländische Sektion, Amsterdam 2013; Use of Force – Guidelines for Implementation of the UN Basic Principles on the Use of Force and Firearms by the Executive Officials, Amnesty International – Niederländische Sektion, 2015.

Ralph Crawshaw absolvierte seinen Dienst bei der Polizei im Rang eines Chief Superintendent. In der Mitte seiner Polizeikarriere studierte er Politik an der University of Essex. Diese Erfahrung führte ihn unter anderem dazu, über die Macht des Staates in Bezug auf den Einzelnen nachzudenken und sich Sorgen über den Missbrauch dieser Macht zu machen. Nach Beendigung seines Polizeidienstes erwarb er einen Master-Abschluss in internationalem Menschenrechtsrecht an der University of Essex und wurde dort Fellow des Human Rights Center.

Seine Menschenrechtsarbeit umfasst hauptsächlich die Durchführung von Menschenrechtsprogrammen für Polizei, Militär und Staatsanwälte im Auftrag verschiedener internationaler Organisationen. Mit Co-Autoren hat er ein Lehrbuch, ein Lehrbuch und zwei Nachschlagewerke über Menschenrechte für die Polizei und ein Buch über Kriegsrecht für die Polizei geschrieben. Er hat im Auftrag einer NGO und im Auftrag eines Anwalts, der Opfer von Justizirrtümern vertritt, Ermittlungen zu Menschenrechtsverletzungen durchgeführt. Da sich Staaten heute immer mehr Befugnisse anmaßen und Menschenrechte unter dem Vorwand oder

dem Irrglauben einschränken, dass dies einen Schutz vor terroristischen Verbrechen bietet, hält er den Schutz und die Förderung der Menschenrechte für dringend und lebenswichtig.

Robert Esser, Jahrgang 1970, ist seit 2007 Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Passau. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für Deutsches, Europäisches und Internationales Strafrecht, Strafprozessrecht und Wirtschaftsstrafrecht. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen zählen zahlreiche Artikel zum Europäischen Strafrecht und Strafprozessrecht sowie zum Thema „Menschenrechte im Strafverfahren“ (Europäische Menschenrechtskonvention); Mitherausgeber von Löwe-Rosenberg, Kommentar zur deutschen Strafprozessordnung (26. Auflage 2006-2014); Artikel zum Europäischen Strafrecht in den Handbüchern Internationales Strafrecht in der Praxis, C.F. Müller 2007, und Europäisches Strafrecht, 2. Auflage, C.H. Beck 2015. 2012 erschien Robert Essers Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention (Bd. 11 der Löwe-Rosenberg; 1312 Seiten).

2010 gründete Robert Esser die Forschungsstelle „Menschenrechte im Strafverfahren“ (HRCP) an der Universität Passau. HRCP ist ein Forschungs- und Fortbildungszentrum und ein Experten-Helpdesk, das auf alle Bereiche des internationalen Schutzes der Menschenrechte in Strafverfahren spezialisiert ist. Ein besonderer Schwerpunkt von HRCP ist die Unterstützung ausländischer Regierungen bei ihren Bestrebungen und Bestrebungen, Menschenrechtsstandards in ihren nationalen Strafverfahren zu formulieren und zu etablieren – insbesondere in Südostasien und Osteuropa.

Seit 2002 hat Robert Esser zahlreiche menschenrechtliche Vorträge bei der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), der Europäischen Rechtsakademie (ERA), der Deutschen Richterakademie und anderen gehalten. Außerdem engagiert er sich in den vom Bundesministerium der Justiz organisierten Deutsch-Chinesischen und Deutsch-Vietnamesischen Rechtsstaatsdialogen.

Guido Fickenscher studierte Rechtswissenschaften an der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz. Seit 2007 lehrt er Strafprozess- und Polizeirecht an der Brandenburgischen Hochschule für Polizei in Oranienburg. Sein Forschungs- und Lehrschwerpunkt liegt auf den Interventionsbefugnissen von Polizeibeamten. Von 2012 bis 2014 arbeitete er als Langzeitexperte in Bosnien und Herzegowina (Sarajevo) für das Projekt IPA 2010 (Instrument for Pre-Accession Assistance to EU), Support to Law Enforcement, weitere Umsetzung der Polizeireform. Herr Fickenscher war verantwortlich für die Weiterentwicklung mehrerer Polizeibehörden und Polizeigremien, unter anderem in den Bereichen: Polizeiausbildung, öffentliches Beschaffungswesen und Anti-Korruptionsmaßnahmen. Von 2005 bis 2006 war er im Wissenschaftsministerium des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz, als Referent des Wissenschaftsministers/-staatssekretärs in rechtlichen, strategischen und organisatorischen Fragen tätig. Herr Fickenscher ist ein ehemaliger Polizist. Von 1989 bis 1998 war er im Polizeidienst des Landes Hessen tätig.

Inna Garanina ist Professorin für Privatrecht in Russland und im Ausland, Mari State University, Republik Mari El, Russische Föderation; Professor der Abteilung für Verfassungs- und Völkerrecht, Universität „TISBI“, Kasan, Republik Tatarstan; Professor der Abteilung für Theorie und Geschichte des Staates und des Rechts, Interregionales Offenes Sozialinstitut, Republik Mari El. Sie wurde 2010, 2015 vom Bildungsministerium der Russischen Föderation als eine der besten Dozenten-Tutoren ausgezeichnet. Sie ist Mitglied des öffentlichen Konsulats für den Ombudsmann an der

Spitze der Republik Mari El für die Rechte des Kindes; Mitglied der International Law Association, Russian Branch; und Mitglied der Kommission zur Verbesserung der Gesetzgebung und öffentlichen Prüfung der Gesetze und anderer Rechtsakte, der Öffentlichen Kammer der Republik Tatarstan.

Francesc Guillen Lasierra hat einen Abschluss in Rechtswissenschaften, einen Master in Rechtsvergleichung und einen Doktortitel über „Modelle der Polizeiarbeit“. Er war Forschungsleiter an der Polizeischule von Katalonien (1992-2004). Derzeit ist er Leiter der Abteilung Projekte und Organisation im katalanischen Innenministerium (seit 2004). Er war Geschäftsführer von CIFAL Barcelona (2007-2009) und Mitglied des Lenkungsausschusses der Plattform Polizei für Stadtentwicklung (Januar-Dezember 2010).

Francesc Guillen Lasierra war von 1989 bis 1999 Dozent für Verfassungsrecht an der Autonomen Universität Barcelona und der Open University of Catalonia. Derzeit ist er Dozent für „Polizei und Sicherheit“ am Studiengang Kriminologie. Er hat an mehreren Missionen, Seminaren und Berichten des Europarats in Georgien (1998 und 2001), der Türkei (2001 und 2002), Albanien (2002), Armenien (2002), Moldawien (2003, 2010, 2011) und Serbien teilgenommen (2003) und Ukraine (2014, 2015) und in mehreren europäischen Projekten wie NAPAP (NGOs and Police Against Prejudice (1997-1999); PAVEMENT (2000); 'Illicit drugs trafficking in countries of Central Europe: A Comparative study of policies und Politik in der Tschechischen Republik, Ungarn und Litauen in Bezug auf die Europäische Union“ (1998-2001); „Menschenrechtserziehung am MVD Law Institute, Russische Föderation“ (1998-2001); TRANSFER (2002-2004) „Bekämpfung von Diskriminierung von der Universität. Eine Idee von Forschung und Bildung“ (2004-2006) und derzeit Margin Project „Tackle insecurity in marginalized areas“ (2015-2017). Er hat auch als Experte an verschiedenen Projekten des Europäischen Forums für teilgenommen Städtische Sicherheit wie Audits, Surveille und Eurosocial.

Er hat in verschiedenen Sprachen Artikel veröffentlicht, die sich mit Verfassungsrecht, Menschenrechten, Polizei und Sicherheitspolitik befassen.

Wolfgang S. Heinz ist Politikwissenschaftler und Senior Policy Adviser am Deutschen Institut für Menschenrechte, zuständig für internationale Sicherheitspolitik und das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen.

Er ist ehemaliger 2. Vizepräsident des Komitees zur Verhütung von Folter (CPT) des Europarats und ehemaliger Vorsitzender des Beratungsausschusses des UN-Menschenrechtsrates und der UN-Arbeitsgruppe für Kommunikation, die sich mit Beschwerden über grobe Menschenrechte befasst Verstöße.

Wolfgang S. Heinz lehrt Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Zu seinen zahlreichen Veröffentlichungen zählen auf Englisch: German Unification, in: David P. Forsythe (ed.), Encyclopedia of Human Rights, vol. 2: Democracy Promotion, Oxford 2009, S. 305-311; Deutschland. State Responses to Terrorist Challenges and Human Rights, in: Brysk, Alison/Shafir, Gershon, (Hrsg.), National Insecurity and Human Rights. Demokratiedebatte über Terrorismusbekämpfung, Berkeley 2007, S. 157-176; Militär, Folter und Menschenrechte. Erfahrungen aus Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay, in: Ronald D. Crelinsten/Alex P. Schmid (Hg.), The Politics of Pain. Folterer und ihre Meister, Boulder, Col. 1995, S. 66 ff. Verhinderung von

Folter und Misshandlung. Erfahrungen aus der Arbeit des CPT, in: ACAT (Hrsg.), A World of Torture, Paris, im Erscheinen. Persönliche Website: wsheinz.de.

Christina Kosin, LLM, studierte an der Universität Maastricht, der Universität Tartu und der Universität Edinburgh. Sie ist seit August 2014 an der Deutschen Hochschule der Polizei, wo sie ihre Dissertation zur Zurechnung von Misshandlungen im privaten Bereich an einen Staat nach EGMR und CAT verfasst. Von August 2014 bis Januar 2016 war sie Mitarbeiterin des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekts „Netzwerk für das Recht der zivilen Sicherheit in Europa“. Sie hat sowohl auf Englisch als auch auf Deutsch Artikel und Buchbeiträge veröffentlicht, unter anderem zu Themen der Europäischen Union sowie zu Folter und anderen Formen der Misshandlung nach internationalen Menschenrechtsnormen und internationalem Strafrecht.

Dieter Kugelmann studierte an den Universitäten Mainz und Dijon. 1991 promovierte er in Mainz mit einer Studie zum Europäischen Medienrecht. Weitere wissenschaftliche Qualifikationen führten zu einem Buch über die Rechte der Bürger in der Informationsgesellschaft. Er lehrte an den Universitäten Frankfurt/Main, Köln, Bielefeld, Passau, Mannheim und Leipzig. Er ist Autor zahlreicher Publikationen, insbesondere zum Medienrecht, Flüchtlingsrecht, Europarecht und Sicherheitsrecht. 2008 wurde er ordentlicher Professor an der Deutschen Hochschule der Polizei mit dem Schwerpunkt Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Polizeirecht einschließlich Völker- und Europarecht. 2015 wurde er zum Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit des Landes Rheinland-Pfalz gewählt.

Jim Murdoch trat der Glasgow School of Law bei, nachdem er sich als Anwalt qualifiziert hatte. Er studierte Jura als Undergraduate in Glasgow und hat einen LLM von der University of California in Berkeley. Zwischen 1996 und 2000 war er Leiter der School of Law. Er hat an den Universitäten Mainz, Freiburg, Hamburg und Paris Ouest gelehrt und war Professor stagiaire bei der Direktion für Menschenrechte des Europarates in Frankreich. Er nimmt regelmäßig an Seminarprogrammbesuchen des Europarates in mittel- und osteuropäischen Staaten teil und hat ein besonderes Interesse an außergerichtlichen Mechanismen zur Durchsetzung der Menschenrechte entwickelt.

Im März 2012 wurde Jim die Pro Merito-Medaille des Europarates verliehen. Die Medaille ist die höchste Auszeichnung, die der Generalsekretär an Einzelpersonen (oder Organisationen) in Anerkennung ihres Engagements für die Werte und die Arbeit des Europarates vergibt.

Kai Siegert, MSc in Internationaler Strafjustiz; ist Polizeidirektor im Brandenburgischen Landespolizeidienst; war in Brüssel als Innenreferent der Vertretung des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union tätig; ist seit mehr als 30 Jahren Polizist; war in verschiedenen Funktionen auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene tätig, u. a. im Innenministerium Brandenburg, im Bundespolizeipräsidium, im Auswärtigen Amt (Berater für die Reform des Sicherheitssektors der Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah), bei den Vereinten Nationen und bei den Vereinten Nationen (International Police Task Force in Bosnien-Herzegowina), der EU (Twinning-Projekt für die Polizeireform in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien) und dem Europarat (Programmmanager „Polizei und Menschenrechte“).

Graham Smith verfügt über mehr als 30 Jahre Erfahrung im Bereich polizeiliches Fehlverhalten und

Beschwerden. In den 1980er und 1990er Jahren war er Bürgerrechtler in London und schloss 1998 seine Doktorarbeit Police Crime: A Constitutional Perspective ab. Er wurde 2008 zum Berater des Menschenrechtskommissars des Europarates ernannt und verfasste die Stellungnahme des Kommissars die unabhängige und effektive Ermittlung von Beschwerden gegen die Polizei. Seitdem ist er als internationaler Experte für Polizei- und Strafjustizreform tätig und hat ausführlich zu diesem Thema geschrieben. Graham ist Senior Dozent für Regulierung und Direktor für soziale Verantwortung an der School of Law der Universität Manchester, Vereinigtes Königreich.

Aneta Stanchevska ist Assistentin des Ministers für interne Kontrolle und berufliche Standards im Innenministerium von Mazedonien; seit 2010 ist sie Mitglied des Unterausschusses der Vereinten Nationen zur Verhütung von Folter. Sie hat einen BA von der University of St. Cyril and Methodius, Philosophische Fakultät, Institut für Sozialarbeit, Skopje 1999; einen Master-Abschluss der Universität St. Cyril and Methodius, Philosophische Fakultät, Institut für Sozialarbeit, Skopje 2006; und promovierte an der Universität St. Cyril and Methodius, Philosophische Fakultät, Institut für Sozialarbeit, Skopje 2009.

Sie war Mitglied des interinstitutionellen Gremiums für Menschenrechte innerhalb der Regierung der Republik Mazedonien (2008-2013). Sie ist Mitglied der Arbeitsgruppe des Nationalen Programms zur Übernahme des europäischen Besitzstands für die Kapitel 3.23 Justiz und Menschenrechte im Bereich, 3.23.2 Antikorruptionspolitik,

1. Grundrechte; Mitglied der Arbeitsgruppe des Nationalen Programms zur Übernahme des europäischen Besitzstands für die Kapitel 3.19 Sozialpolitik und Beschäftigung im Bereich und 19.7 Antidiskriminierung und Chancengleichheit; Mitglied der European Partners on Fight Against Corruption (EPAC), Mitglied des Expertenteams der Regierung zur Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen.

Walter Suntinger ist Menschenrechtsberater, Trainer und Hochschullehrer (seit 1998), geschäftsführender Gesellschafter von HumanRightsConsulting Vienna (seit 2006) und Vorstandsmitglied des Vereins zur Verhütung von Folter (seit 1998). Er hat ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Graz mit Spezialisierung auf Menschenrechtsrecht abgeschlossen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Menschenrechte in Polizei und Strafjustiz, Menschenrechtsmonitoring, Asyl- und Flüchtlingsfragen, Wirtschaft und Menschenrechte, Entwicklungszusammenarbeit.

Zuvor arbeitete er am Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte in Wien, beim UNHCR, bei Amnesty International und in einer OSZE-Mission im Kosovo. Er war Mitglied des Menschenrechtsbeirats in Österreich, Mitglied einer Besuchskommission des Nationalen Präventionssystems in Österreich. Er ist derzeit/ehemaliger Lektor an der Universität Wien (Human Rights Master Programme); FH Wiener Neustadt (Sicherheitswissenschaft); John Hopkins University—Bologna Center, University of Oregon (Auslandsstudium in Wien); die Europäische Friedensuniversität in Stadschlaining.

Judith Thorn, Jahrgang 1985, studierte Rechtswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität (JLU) Gießen (Deutschland) und der University of Nottingham (Großbritannien). Seit ihrer Promotion 2011 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht (Prof.

Dr. Thilo Marauhn, M.Phil.) der JLU Gießen tätig. Seit Februar 2016 ist Judith Thorn Mitglied der Forschungsgruppe „UN Policing – Legal Basis, Status and Directives on the Use of Force“. Dieses Projekt wird von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert und vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht der JLU in Kooperation mit dem Peace Research Institute Frankfurt (HSF) durchgeführt.

Dimitris Xenos ist Senior Lecturer an der School of Business and Law der University of East London. Darüber hinaus ist er als Rechtsberater für verschiedene Anwaltskanzleien sowie private und öffentliche Einrichtungen tätig. Er ist Fellow der European Public Law Organization in Athen, Herausgeber von Buchrezensionen für die European Review of Public Law und Mitglied des Wissenschaftlichen Ausschusses der Gazzetta Amministrativa della Repubblica Italiana.

Seine juristische Expertise und Forschung verbindet Bereiche des öffentlichen und des privaten Rechts mit nationaler, europäischer und internationaler Relevanz. Auf dem Gebiet der Menschenrechte hat er ein Buch über die positiven Verpflichtungen des Staates im Rahmen der Europäischen Menschenrechtskonvention geschrieben, das im Urteil des Internationalen Gerichtshofs zu Whaling in the Antarctic (2014) (Australien gegen Japan) zitiert wurde der Gerechtigkeit (Gutachten von Richter C'ancado Trindade). Er hat häufig Beiträge zu offenen Konsultationen öffentlicher Institutionen geleistet, einschließlich seiner schriftlichen Stellungnahme zur öffentlichen Untersuchung des Europäischen Bürgerbeauftragten zur Zusammensetzung von Expertengruppen der EU-Kommission.

Die Polizei und der internationale MenschRechtegesetz.pdf

Revision #2
Created 16 August 2025 08:07:58 by investigatione
Updated 22 August 2025 17:00:35 by investigatione